

DAIMLER TRUCK

Daimler Truck Holding AG

Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und seine Ausschüsse

(Stand: Januar 2025)

In dieser Geschäftsordnung wird allein aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung für natürliche Personen lediglich die männliche Form verwendet. Inhaltlich sind stets Personen aller geschlechtlichen Identitäten gemeint.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat**

- 2 Geschäftsordnung für den Vermittlungsausschuss des Aufsichtsrats**

- 3 Geschäftsordnung für den Präsidial- und Vergütungsausschuss des
Aufsichtsrats**

- 4 Geschäftsordnung für den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats**

- 5 Geschäftsordnung für den Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats**

Geschäftsordnung
des
Aufsichtsrats
der
Daimler Truck Holding AG

Januar 2025

§ 1 Allgemeines

Der Aufsichtsrat übt seine Tätigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, der Satzung der Daimler Truck Holding AG ("Gesellschaft") und dieser Geschäftsordnung aus. Seine Mitglieder sind an Weisungen nicht gebunden.

§ 2 Zusammensetzung

1. Der Aufsichtsrat besteht aus 20 Mitgliedern. Er setzt sich nach den gesetzlichen Bestimmungen zusammen. Die Amtsperioden der Mitglieder können unterschiedlich sein.
2. In ihrer Gesamtheit verfügen die Mitglieder des Aufsichtsrats über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen und sind mit dem Sektor, in dem der Daimler Truck-Konzern tätig ist, vertraut.

Der Aufsichtsrat erarbeitet unter Berücksichtigung der gesetzlichen Anforderungen und der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex ein gesamthafes Anforderungsprofil für das Gesamtgremium bestehend aus Kompetenzprofil und Diversitätskonzept einschließlich konkreter Ziele für seine Zusammensetzung. Das Kompetenzprofil umfasst auch die Expertise zu den für das Unternehmen bedeutsamen Nachhaltigkeitsfragen. Der Stand der Umsetzung des Anforderungsprofils wird in Form einer Qualifikationsmatrix in der Erklärung zur Unternehmensführung offengelegt.

3. Dem Aufsichtsrat dürfen keine Mitglieder angehören, die Organ- oder sonstige verantwortliche Funktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausüben oder in einer persönlichen Beziehung zu einem wesentlichen Wettbewerber stehen.

Um eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat zu gewährleisten, sollen vorbehaltlich Offenlegung einer Abweichung in der Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG, mehr als die Hälfte der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat, darunter der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorsitzende des Prüfungs- und des Präsidial- und Vergütungsausschusses nach Einschätzung des Aufsichtsrats im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex unabhängig von der Gesellschaft und deren Vorstand sein. Die Namen der nach Einschätzung des Aufsichtsrats unabhängigen Anteilseignervertreter werden in der Erklärung zur Unternehmensführung veröffentlicht.

4. Die Aufsichtsratsmitglieder stellen sicher, dass ihnen für die Wahrnehmung ihres Mandates ausreichend Zeit zur Verfügung steht. Sofern sie gleichzeitig dem Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft angehören, sollen sie in der Regel und vorbehaltlich

Offenlegung einer Abweichung in der Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG einschließlich ihres Aufsichtsratsmandats bei der Daimler Truck Holding AG außerhalb des Konzerns ihrer Vorstandstätigkeit nicht mehr als zwei Aufsichtsratsmandate in börsennotierten Gesellschaften oder vergleichbare Funktionen und keinen Aufsichtsratsvorsitz in börsennotierten Gesellschaften wahrnehmen. Ein Aufsichtsratsmitglied, das keinem Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft angehört, soll in der Regel und vorbehaltlich Offenlegung einer Abweichung in der Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG insgesamt nicht mehr als fünf Aufsichtsratsmandate bei konzernexternen börsennotierten Gesellschaften oder vergleichbare Funktionen wahrnehmen, wobei ein Aufsichtsratsvorsitz doppelt zählt. Für Zwecke der Ermittlung der Höchstzahl von Mandaten gemäß dieser Geschäftsordnung werden Doppelmandate von Aufsichtsratsmitgliedern im Daimler Truck-Konzern sowie in anderen Konzernen nur einfach berücksichtigt.

5. Dem Aufsichtsrat gehören nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der Daimler Truck Holding AG an. Vorstandsmitglieder dürfen vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Ende ihrer Bestellung nicht Mitglied des Aufsichtsrats werden, es sei denn, ihre Wahl erfolgt auf Vorschlag von Aktionären, die mehr als 25 % der Stimmrechte an der Gesellschaft halten.
6. Wahlvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung berücksichtigen die nach Maßgabe des § 2 Abs.2 Satz 2 dieser Geschäftsordnung festgelegten konkreten Ziele für seine Zusammensetzung und streben die Ausfüllung des gesamthaften Anforderungsprofils einschließlich des Kompetenzprofils für das Gesamtgremium an. Zur Wahl als Mitglied des Aufsichtsrats für eine volle Amtszeit sollen in der Regel nur Kandidaten vorgeschlagen werden, die zum Zeitpunkt ihrer Wahl nicht älter als 72 Jahre sind.

Weiterhin sollen zur Wahl für eine volle Amtszeit als Mitglied des Aufsichtsrats in der Regel nur Kandidaten vorgeschlagen werden, die dem Aufsichtsrat zum Zeitpunkt ihrer Wahl nicht bereits 12 Jahre angehört haben.

7. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats kann sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist auch ohne wichtigen Grund durch schriftliche Mitteilung an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und den Vorstand niederlegen. Eine einvernehmliche Verkürzung der Frist ist zulässig.

§ 3

Vorsitzender und Stellvertreter

1. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Für die Dauer der Wahl leitet das an Lebensjahren älteste Aufsichtsratsmitglied die Sitzung.
2. Die Wahl erfolgt jeweils für die gesamte Amtszeit des gewählten Aufsichtsratsmitglieds. Scheidet der Vorsitzende oder sein Stellvertreter vor Ablauf der Amtszeit aus, wird unverzüglich ein Nachfolger für seine restliche Amtszeit gewählt.

3. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats – im Fall seiner Verhinderung sein Stellvertreter – koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Aufsichtsrats nach außen wahr. Er gibt die Willenserklärungen des Aufsichtsrats ab und führt dessen Schriftwechsel.

§ 4

Einberufung, Vorbereitung und Leitung der Sitzungen

1. Die Sitzungen des Aufsichtsrats finden am Sitz der Gesellschaft oder an einem anderen in der Einladung bekanntzugebenden Tagungsort statt. Der Aufsichtsrat soll mindestens eine Sitzung im Kalendervierteljahr und muss zwei Sitzungen im Kalenderhalbjahr abhalten.
2. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats – im Fall seiner Verhinderung sein Stellvertreter – lädt unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen in Textform (z.B. schriftlich, per Telefax oder per E-Mail) zu den Sitzungen des Aufsichtsrats ein. Die Einladung kann auch über einen allen Aufsichtsratsmitgliedern bekannten und zugänglichen Datenraum erfolgen. In als dringend angesehenen Fällen kann die Einberufungsfrist bis auf drei Kalendertage abgekürzt werden. Bei der Berechnung der Einberufungsfrist wird der Tag der Einladung mitgezählt.
3. Im Anschluss an die Hauptversammlung, in der Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre gewählt worden sind, findet eine konstituierende Sitzung statt. Für die konstituierende Aufsichtsratssitzung bedarf es keiner besonderen Einladung. Soweit in dieser Sitzung nur Beschlüsse über die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters sowie über die Errichtung und Besetzung von Ausschüssen zu fassen sind, ist die Mitteilung einer Tagesordnung nicht erforderlich.
4. In der Einladung zur Aufsichtsratssitzung ist die Tagesordnung unter Bezeichnung der Beschlussgegenstände mitzuteilen. Etwaige vorbereitende Unterlagen sind den Aufsichtsratsmitgliedern in der Regel mindestens eine Woche vor der Sitzung zur Verfügung zu stellen. Bei der Berechnung dieser Frist wird der Tag der Bereitstellung der Unterlagen mitgezählt. Konkrete Beschlussanträge sind ihnen so rechtzeitig zu übermitteln, dass bei der Sitzung abwesende Aufsichtsratsmitglieder von ihrem Recht der Stimmabgabe gemäß § 5 Abs. 3 Gebrauch machen können.
5. Gegenstände oder Anträge, die nicht auf der Tagesordnung stehen oder den Aufsichtsratsmitgliedern nicht ordnungsgemäß mitgeteilt wurden, sind zur Beschlussfassung nur zuzulassen, wenn kein in der Sitzung anwesendes Aufsichtsratsmitglied widerspricht und abwesenden Aufsichtsratsmitgliedern Gelegenheit gegeben wird, binnen einer vom Vorsitzenden festzusetzenden angemessenen Frist der Beschlussfassung nachträglich zu widersprechen; der Beschluss wird erst wirksam, wenn die abwesenden Aufsichtsratsmitglieder innerhalb der Frist nicht widersprochen haben.

6. Die Vertreter der Anteilseigner und die Vertreter der Arbeitnehmer bereiten bei Bedarf die Sitzungen des Aufsichtsrats gesondert vor, soweit gewünscht unter Zuziehung aller oder einzelner Mitglieder des Vorstands.
7. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats bestimmt die Sprache, in der die Sitzung abgehalten wird. Wenn ein Mitglied des Aufsichtsrats die so bestimmte Sprache nicht beherrscht, wird für Übersetzung Sorge getragen.
8. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats – im Fall seiner dauerhaften oder vorübergehenden Verhinderung sein Stellvertreter – leitet die Sitzungen des Aufsichtsrats und legt die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände sowie die Art der Abstimmung fest. Sind sowohl der Aufsichtsratsvorsitzende als auch sein Stellvertreter verhindert, so ist eine neue Sitzung einzuberufen. Der Aufsichtsrat kann jedoch im Fall der Dringlichkeit mit allen Stimmen der anwesenden Mitglieder beschließen, dass das an Lebensjahren älteste Aufsichtsratsmitglied die Sitzung leitet.
9. Der Vorstand nimmt grundsätzlich an den Sitzungen des Aufsichtsrats teil, allerdings tagt der Aufsichtsrat regelmäßig auch ohne den Vorstand. Wird der Abschlussprüfer in Sitzungen des Aufsichtsrats als Sachverständiger zugezogen, nimmt der Vorstand an dieser Sitzung nicht teil, es sei denn, der Aufsichtsrat erachtet seine Teilnahme für erforderlich. Über die Zulassung weiterer Personen, die zur Beratung einzelner Gegenstände hinzugezogen werden können, entscheidet der Aufsichtsrat auf Vorschlag des Vorsitzenden sowie im Fall seiner Verhinderung auf Vorschlag des Stellvertreters.
10. Im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung wird angegeben, wie viele Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse in Präsenz oder als Video- oder Telefonkonferenz durchgeführt wurden und an wie vielen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse die einzelnen Mitglieder jeweils teilgenommen haben.

§ 5 Beschlüsse

1. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder des Aufsichtsrats unter der zuletzt bekannt gegebenen Anschrift eingeladen wurden und mindestens zehn Aufsichtsratsmitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Bei Feststellung der Beschlussfähigkeit werden Aufsichtsratsmitglieder, die sich der Stimme enthalten, mitgezählt.
2. Aufsichtsratsmitglieder können in begründeten Ausnahmefällen mit Zustimmung des Vorsitzenden auch per Telefon- oder Videokonferenz oder unter Nutzung anderer vergleichbarer gebräuchlicher Telekommunikationsmittel an einer Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse teilnehmen.
3. Aufsichtsratsmitglieder, die auch nicht nach Abs. 2 an der Sitzung teilnehmen, können dadurch an der Beschlussfassung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse teilnehmen, dass sie dem Sitzungsleiter vor der Abstimmung schriftliche, durch Telefax, E-Mail oder

im Wege anderer vergleichbarer gebräuchlicher Telekommunikationsmittel übermittelte Stimmabgaben überreichen lassen. Dies gilt auch für die zweite Stimme des Vorsitzenden.

4. Nehmen an einer Aufsichtsratssitzung nicht sämtliche Aufsichtsratsmitglieder teil und geben die fehlenden Aufsichtsratsmitglieder nicht Stimmabgaben nach Abs. 3 ab, ist die Beschlussfassung auf Antrag von mindestens zwei an der Sitzung teilnehmenden Aufsichtsratsmitgliedern zu vertagen. Im Fall einer Vertagung findet die erneute Beschlussfassung, sofern keine besondere Aufsichtsratssitzung einberufen wird, in der nächsten turnusmäßigen Sitzung statt. Ein nochmaliges Minderheitsverlangen auf Vertagung ist bei einer erneuten Beschlussfassung nicht zulässig.

Nimmt der Vorsitzende des Aufsichtsrats an der Sitzung teil oder befindet sich ein anwesendes Aufsichtsratsmitglied im Besitz der Stimmabgabe des Vorsitzenden nach Abs. 3, findet der vorstehende Unterabsatz keine Anwendung, wenn bei der Beschlussfassung die gleiche Anzahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Aktionäre und der Arbeitnehmer an der Sitzung oder durch Stimmabgabe nach Abs. 3 an der Beschlussfassung teilnimmt oder wenn eine etwaige Ungleichheit dadurch aufgehoben wird, dass sich einzelne Aufsichtsratsmitglieder nicht an der Beschlussfassung beteiligen.

5. Der Vorsitzende – im Fall seiner Verhinderung sein Stellvertreter – kann einen Beschluss des Aufsichtsrats im Wege einer schriftlichen, fernmündlichen, per Telefax, per E-Mail oder unter Nutzung anderer vergleichbarer gebräuchlicher Telekommunikationsmittel durchgeführten Abstimmung – sowie durch eine Kombination dieser Kommunikationsmedien – herbeiführen, wenn kein Aufsichtsratsmitglied diesem Verfahren innerhalb einer vom Vorsitzenden bestimmten angemessenen Frist widerspricht. Der Vorsitzende bestimmt die Einzelheiten des Verfahrens.
6. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht gesetzlich andere Mehrheiten vorgeschrieben sind. Bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses werden Stimmenthaltungen nicht mitgezählt. Ergibt eine Abstimmung Stimmengleichheit, so kann jedes Aufsichtsratsmitglied die zweite Abstimmung verlangen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats – im Fall seiner Verhinderung sein Stellvertreter – bestimmt, wann die Abstimmung wiederholt wird. Ergibt sich auch bei der zweiten Abstimmung Stimmengleichheit, hat der Vorsitzende des Aufsichtsrats zwei Stimmen.
7. Über die Ausübung der Beteiligungsrechte bei paritätisch mitbestimmten Tochterunternehmen gemäß § 32 MitbestG sowie über Vorschläge zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern an die Hauptversammlung beschließt der Aufsichtsrat ausschließlich mit den Stimmen der Anteilseignervertreter.
8. Jedes Aufsichtsratsmitglied kann verlangen, dass seine Abstimmung in der Niederschrift vermerkt wird.

§ 6 Verschwiegenheitspflicht

1. Die Aufsichtsratsmitglieder haben Stillschweigen zu bewahren über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, die den Aufsichtsratsmitgliedern durch ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat bekannt werden, und zwar auch über die Beendigung des Amtes als Aufsichtsratsmitglied hinaus. Die Aufsichtsratsmitglieder sind insbesondere zur Verschwiegenheit über erhaltene vertrauliche Berichte und vertrauliche Beratungen verpflichtet. Bei Ablauf des Mandats sind alle vertraulichen Unterlagen an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats zurückzugeben.
2. Beabsichtigt ein Aufsichtsratsmitglied, entgegen Abs. 1 aus besonderem Grund an Dritte Angaben insbesondere über Inhalt und Verlauf von Aufsichtsratssitzungen oder über den Inhalt von Aufsichtsratsvorlagen und -beschlüssen weiterzugeben, hat es vorher den Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu unterrichten, um etwaige Meinungsverschiedenheiten über die Geheimhaltungspflicht zu beseitigen.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrats stellen sicher, dass die von ihnen zur Unterstützung einbezogenen Mitarbeiter die Verschwiegenheitspflicht in gleicher Weise einhalten.

§ 7 Interessenkonflikte

1. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats ist dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Es darf bei seinen Entscheidungen weder persönliche Interessen verfolgen noch Geschäftschancen des Unternehmens für sich, für eine ihm nahestehende natürliche oder juristische Person oder für eine sonstige Institution oder Vereinigung, in der bzw. für die es tätig ist, nutzen.
2. Jedes Aufsichtsratsmitglied legt Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder verantwortlichen Funktion, insbesondere Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern der Daimler Truck Holding AG oder ihrer Konzerngesellschaften oder bei sonstigen Dritten entstehen können, unverzüglich dem Aufsichtsratsvorsitzenden offen.
3. Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte der Aufsichtsratsmitglieder und deren Behandlung.
4. Sobald wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds auftreten, hat das betreffende Aufsichtsratsmitglied sein Mandat niederzulegen.
5. Jedes Aufsichtsratsmitglied informiert den Aufsichtsrat und den Vorstand unverzüglich über ihm nahestehende Unternehmen, die vom Aufsichtsratsmitglied selbst oder einem

seiner Nahen Familienangehörigen¹ beherrscht werden, an deren gemeinschaftlichen Führung das Aufsichtsratsmitglied oder ein Naher Familienangehöriger beteiligt sind oder auf die das Aufsichtsratsmitglied oder ein Naher Familienangehöriger maßgeblichen Einfluss haben (nahestehende Unternehmung). Eine Mitgliedschaft des Aufsichtsratsmitglieds selbst oder eines seiner Nahen Familienangehörigen im Vorstand oder im Aufsichtsrat einer anderen Gesellschaft begründet für sich allein noch keine nahestehende Unternehmung.

Ferner informiert jedes Aufsichtsratsmitglied den Aufsichtsrat und den Vorstand unverzüglich über Geschäfte zwischen ihm oder einem Nahen Familienangehörigen einerseits und einer Gesellschaft des Daimler Truck-Konzerns andererseits, deren Geschäftswert 1 Mio. Euro überschreitet.

Die Bedingungen für Geschäfte zwischen einem Aufsichtsratsmitglied oder einem seiner Nahen Familienangehörigen oder einer ihm nahestehenden Unternehmung einerseits und einem Unternehmen des Daimler Truck-Konzerns andererseits müssen markt- und branchenüblichen Standards entsprechen.

6. Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Daimler Truck Holding AG oder einem Konzernunternehmen bedürfen der Zustimmung des Präsidial- und Vergütungsausschusses.

§ 8

Aufgaben und Zuständigkeit des Aufsichtsrats

1. Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Daimler Truck Holding AG. In alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung ist der Aufsichtsrat so rechtzeitig einzubinden, dass er diese noch beeinflussen kann. Insbesondere hat der Vorstand die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat abzustimmen. In seiner Gesamtheit berät und überwacht der Aufsichtsrat den Vorstand dabei auch in Bezug auf Nachhaltigkeitsfragen und befasst sich hierzu regelmäßig insbesondere mit den Nachhaltigkeitsaspekten in der Unternehmensstrategie, der Unternehmensplanung, der Vorstandsvergütung sowie der Nachhaltigkeitsberichterstattung.
2. Der Aufsichtsrat bestellt und entlässt die Mitglieder des Vorstands. Er erarbeitet unter Berücksichtigung der gesetzlichen Anforderungen und der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex ein gesamthaftes Anforderungsprofil einschließlich Diversitätskonzept für den Vorstand und strebt bei seinen Besetzungsentscheidungen dessen Erfüllung an. Für die altersbedingt letztmögliche Bestellung bzw.

¹ "Nahe Familienangehörige" sind Familienmitglieder, von denen angenommen werden kann, dass sie bei ihren Transaktionen mit dem Unternehmen auf die Person Einfluss nehmen oder von ihr beeinflusst werden können. Dazu gehören (i) Kinder und Ehegatte oder Lebenspartner, (ii) Kinder des Ehegatten oder Lebenspartners und (iii) abhängige Angehörige des Aufsichtsratsmitglieds oder seines Ehegatten oder Lebenspartners.

Wiederbestellung eines Vorstandsmitglieds dient in der Regel die Vollendung des 62. Lebensjahres im Zeitpunkt des Beginns der (neuen) Amtszeit als Orientierung.

3. Der Aufsichtsrat sorgt gemeinsam mit dem Vorstand für eine langfristige Nachfolgeplanung. Der Aufsichtsrat bestellt eines der Vorstandsmitglieder zum Vorsitzenden des Vorstands.
4. Die erstmalige Bestellung von Vorstandsmitgliedern erfolgt für längstens drei Jahre.
5. Eine Wiederbestellung vor Ablauf eines Jahres vor dem Ende der Bestelldauer bei gleichzeitiger Aufhebung der laufenden Bestellung erfolgt nur bei Vorliegen besonderer Umstände.
6. Der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse bedürfen Angelegenheiten, für die das Gesetz, die Satzung oder diese Geschäftsordnung eine Entscheidung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse vorsehen. Der Aufsichtsrat bestimmt darüber hinaus, welche Maßnahmen und Geschäfte nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen. Der Aufsichtsrat ist jederzeit berechtigt, diesen Katalog zu ändern und zu ergänzen.
7. Der Aufsichtsrat bestimmt die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands gegenüber dem Aufsichtsrat. In der Geschäftsordnung eines Ausschusses des Aufsichtsrats geregelte Informations- und Berichtspflichten des Vorstands bleiben davon unberührt. Der Aufsichtsrat ist jederzeit berechtigt, die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands zu ändern und zu ergänzen.
8. Berichte des Vorstands an den Aufsichtsrat werden dem Aufsichtsrat in der Regel in Textform und möglichst rechtzeitig erstattet. Entscheidungsnotwendige Unterlagen, insbesondere der Jahresabschluss, der Konzernabschluss, der Lagebericht für die Gesellschaft und den Daimler Truck-Konzern einschließlich Nachhaltigkeitsbericht mitsamt nichtfinanzieller Konzernklärung und vergleichbare Berichte, die von der Gesellschaft aufgrund rechtlicher Vorschriften abzugeben sind, sowie der ESEF-Unterlagen², der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers, der Gewinnverwendungsvorschlag sowie die Daimler Truck Unternehmensplanung werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats möglichst frühzeitig, in der Regel mindestens eine Woche vor der entsprechenden Sitzung, zur Verfügung gestellt.
9. Unabhängig von einer Delegation auf den Prüfungsausschuss ist der Aufsichtsrat zur eigenständigen Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, des Lageberichts für die Gesellschaft und den Daimler Truck-Konzern einschließlich Nachhaltigkeitsbericht mitsamt nichtfinanzieller Konzernklärung und vergleichbarer Berichte, die von der Gesellschaft aufgrund rechtlicher Vorschriften abzugeben sind, der ESEF-Unterlagen sowie des Gewinnverwendungsvorschlags verpflichtet und für die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Billigung des Konzernabschlusses zuständig. Der Vorschlag

² Einheitliches elektronischen Berichtsformat (European Single Electronic Format) nach Maßgabe des Artikels 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/8152 in der jeweils geltenden Fassung, erstmals anzuwenden auf die Offenlegung der Jahresabschlussunterlagen 2020.

des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers ist auf die Empfehlung des Prüfungsausschusses zu stützen. Im Rahmen seiner Zuständigkeit ist der Aufsichtsrat berechtigt, sonstige freiwillige Prüfungsleistungen eines Wirtschaftsprüfers zu veranlassen.

10. In Erfüllung seiner Aufgaben kann der Aufsichtsrat die Bücher und Schriften der Gesellschaft einsehen und insbesondere deren Bestände prüfen. Er kann damit auch einzelne seiner Mitglieder oder für bestimmte Aufgaben besondere Sachverständige beauftragen.
11. Der Aufsichtsrat beschließt auf Vorschlag des Präsidial- und Vergütungsausschusses das Vergütungssystem für den Vorstand gemäß § 87a AktG und die angemessene Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder im Sinne von § 87 AktG. Dabei beachtet er die diesbezüglichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, soweit er nach § 161 AktG keine Abweichung erklärt. Er überprüft das Vergütungssystem regelmäßig.
12. Für den Fall der Übernahme konzernfremder Aufsichtsratsmandate durch Vorstandsmitglieder, die der vorherigen Zustimmung des Präsidial- und Vergütungsausschusses bedarf, entscheidet der Aufsichtsrat, ob und inwieweit die Vergütung für solche Mandate auf die Vorstandsvergütung angerechnet wird.
13. Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit dem Vorstand, insbesondere mit dem Vorsitzenden des Vorstands, zwischen den Sitzungen des Aufsichtsrats regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Geschäftsentwicklung der einzelnen Segmente, die Strategie, die Planung, die Risikolage, das Risikomanagement und Compliance-Fragen des Unternehmens. Der Vorstandsvorsitzende ist verpflichtet, den Aufsichtsratsvorsitzenden über außergewöhnliche Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und der Entwicklung sowie für die Leitung der Daimler Truck Holding AG und des Daimler Truck-Konzerns von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich zu informieren. Der Aufsichtsratsvorsitzende oder ein von ihm Bevollmächtigter unterrichtet sodann den Aufsichtsrat und beruft erforderlichenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung ein.

Über einen beim Hinweisgebersystem des Daimler Truck-Konzerns „SpeakUp“ eingegangenen Hinweis auf Verdacht von Regelverstößen durch Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats der Daimler Truck Holding AG unterrichtet das für Compliance verantwortliche Vorstandsmitglied unverzüglich den Aufsichtsratsvorsitzenden. Im Falle der eigenen Betroffenheit dieses Vorstandsmitglieds unterrichtet der Chief Legal & Compliance Officer den Aufsichtsratsvorsitzenden. Im Falle der Betroffenheit des Aufsichtsratsvorsitzenden unterrichtet das für Compliance verantwortliche Vorstandsmitglied unverzüglich den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden. Der Aufsichtsratsvorsitzende bzw. der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende oder ein von ihm Bevollmächtigter setzt die Mitglieder des Aufsichtsrats davon in Kenntnis und entscheidet zusammen mit dem Prüfungsausschussvorsitzenden über die Einleitung einer Untersuchung und deren Modalitäten. Vom Untersuchungsergebnis unterrichtet der Aufsichtsratsvorsitzende bzw. der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende die

Mitglieder des Aufsichtsrats. Dazu beruft er gegebenenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung ein.

14. Der Aufsichtsrat beurteilt regelmäßig, wie wirksam der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse ihre Aufgaben erfüllen.
15. Der Aufsichtsrat ist berechtigt, zur Wahrnehmung seiner Aufgaben einschließlich der Selbstbeurteilung nach Abs. 14 in angemessenem Umfang externe Beratung in Anspruch zu nehmen und in Abstimmung mit dem Vorstand Mitarbeiter des Unternehmens hinzuzuziehen.

§ 9

Ausschüsse

1. Der Aufsichtsrat bildet einen Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG, einen Präsidial- und Vergütungsausschuss, einen Nominierungsausschuss, einen Prüfungsausschuss sowie bei Bedarf weitere Ausschüsse entsprechend den spezifischen Gegebenheiten der Gesellschaft. Mit Ausnahme des Nominierungsausschusses, der sich ausschließlich aus Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat zusammensetzt, sind die Ausschüsse paritätisch zu besetzen.
2. Die Ausschüsse erfüllen im Namen und in Vertretung des Gesamtaufichtsrats die ihnen übertragenen Aufgaben, soweit dies gesetzlich zulässig ist.
3. Der jeweilige Ausschuss wählt auf Vorschlag der Anteilseignervertreter im Ausschuss ein Ausschussmitglied zum Ausschussvorsitzenden und auf Vorschlag der Arbeitnehmervertreter im Ausschuss ein weiteres Mitglied zu seinem Stellvertreter, sofern das Gesetz oder die Geschäftsordnung des Ausschusses nichts Abweichendes bestimmt.
4. Der jeweilige Ausschuss kann auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Aufsichtsratsmitglieder, die dem Ausschuss nicht angehören, sowie einzelne oder alle Vorstandsmitglieder beratend hinzuziehen.
5. Die Ausschussvorsitzenden berichten spätestens in der nächsten, auf die Ausschusssitzung folgenden Aufsichtsratssitzung über die Arbeit der Ausschüsse. In dringenden Angelegenheiten nimmt der Ausschussvorsitzende unverzüglich Kontakt mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden auf.
6. Die Sitzungen der Ausschüsse werden durch den jeweiligen Vorsitzenden – im Fall seiner Verhinderung durch seinen Stellvertreter – einberufen. Jedes Mitglied hat das Recht, beim Vorsitzenden in Textform (z.B. schriftlich, per Telefax oder E-Mail) unter Angabe des

Grundes die Einberufung des Ausschusses zu beantragen. Die Einberufungsfrist soll in der Regel drei Werktage nicht unterschreiten.

7. Die Ausschüsse sind nur beschlussfähig, wenn mindestens die folgende Anzahl an Mitgliedern an der Beschlussfassung teilnimmt: (i) im Vermittlungsausschuss alle vier Mitglieder, (ii) im Präsidial- und Vergütungsausschuss drei Mitglieder, (iii) im Prüfungsausschuss vier Mitglieder und (iv) im Nominierungsausschuss drei Mitglieder. Beschlüsse der Ausschüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, soweit das Gesetz und die Satzung nichts Anderes bestimmen. Im Übrigen gelten die Vorschriften unter § 5 Abs. 1 bis 3 sowie Abs. 5 bis 8 dieser Geschäftsordnung entsprechend. § 5 Abs. 4 ist nicht anwendbar.
8. Näheres regelt eine Geschäftsordnung des jeweiligen Ausschusses, die der Aufsichtsrat für den Ausschuss erlässt.

§ 10 Niederschrift

Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats sind Niederschriften anzufertigen, die vom Vorsitzenden zu unterzeichnen sind. In der Niederschrift sind der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse des Aufsichtsrats anzugeben. Die Niederschrift ist in Kopie allen Mitgliedern des Aufsichtsrats zur Verfügung zu stellen; das Original wird im Corporate Office bei der Daimler Truck AG verwahrt.

§ 11 Gültigkeit

Diese Geschäftsordnung bleibt solange in Kraft, bis der Aufsichtsrat anders beschließt. Der Aufsichtsrat kann mit einfacher Mehrheit beschließen, im Einzelfall von dieser Geschäftsordnung abzuweichen.

Geschäftsordnung
für den
Vermittlungsausschuss des Aufsichtsrats
der
Daimler Truck Holding AG

**§ 1
Allgemeines**

Der Vermittlungsausschuss übt seine Tätigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, der Satzung der Daimler Truck Holding AG, der Beschlüsse sowie der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und dieser Geschäftsordnung aus. Seine Mitglieder sind an Weisungen nicht gebunden.

**§ 2
Zusammensetzung**

Der Vermittlungsausschuss besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden, seinem Stellvertreter sowie je einem von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner jeweils mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählten Mitglied.

**§ 3
Vorsitzender**

Den Vorsitz im Vermittlungsausschuss führt der Aufsichtsratsvorsitzende. Der Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden ist zugleich stellvertretender Vorsitzender des Vermittlungsausschusses.

§ 4

Aufgaben und Zuständigkeiten des Vermittlungsausschusses

1. Kommt eine Bestellung von Vorstandsmitgliedern durch den Aufsichtsrat nach § 31 Abs. 2 MitbestG nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats nach der Abstimmung in der die vorgeschriebene Mehrheit für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern nicht erreicht worden ist, dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Dieser Vorschlag schließt andere Vorschläge nicht aus.
2. § 4 Abs. 1 gilt entsprechend für den Widerruf der Bestellung von Vorstandsmitgliedern.

§ 5

Sonstige Vorschriften

Im Übrigen gilt die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats in ihrer jeweils gültigen Fassung entsprechend, insbesondere die Vorschriften zu Beschlussfassungen, zur Verschwiegenheit, zu Interessenkonflikten sowie zu Niederschriften.

§ 6

Gültigkeit

Diese Geschäftsordnung bleibt so lange in Kraft, bis der Aufsichtsrat anderes beschließt. Der Aufsichtsrat kann mit einfacher Mehrheit beschließen, dass im Einzelfall von der Geschäftsordnung des Vermittlungsausschusses abgewichen werden kann, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorgaben entgegenstehen.

Geschäftsordnung
für den
Präsidial- und Vergütungsausschuss des Aufsichtsrats
der
Daimler Truck Holding AG

**§ 1
Allgemeines**

Der Präsidial- und Vergütungsausschuss übt seine Tätigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, der Satzung der Daimler Truck Holding AG, der Beschlüsse sowie der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und dieser Geschäftsordnung aus. Seine Mitglieder sind an Weisungen nicht gebunden.

**§ 2
Zusammensetzung**

Dem Präsidial- und Vergütungsausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrats, sein Stellvertreter und zwei weitere Mitglieder an, die mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt werden.

**§ 3
Vorsitzender und Stellvertreter**

Den Vorsitz im Präsidial- und Vergütungsausschuss führt der Aufsichtsratsvorsitzende. Der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats ist zugleich Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsidial- und Vergütungsausschusses.

§ 4

Aufgaben und Zuständigkeiten des Präsidial- und Vergütungsausschusses

1. Aufgaben

Der Präsidial- und Vergütungsausschuss berät und unterstützt den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dessen Stellvertreter bei ihrer Tätigkeit im Aufsichtsrat, darüber hinaus bereitet er im Rahmen seiner Zuständigkeit die Sitzungen des Aufsichtsrats vor.

2. Corporate Governance

Der Präsidial- und Vergütungsausschuss berät und entscheidet über Fragen der Corporate Governance und gibt, sofern eine Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, hierzu Empfehlungen.

3. Zustimmungserklärungen

Der Präsidial- und Vergütungsausschuss entscheidet über die gesetzlich vorgesehenen Zustimmungen nach § 89 AktG (Kreditgewährung an Vorstandsmitglieder), § 114 AktG (Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern) und § 115 AktG (Kreditgewährung an Aufsichtsratsmitglieder), sofern darüber hinausgehend über Zustimmungen gemäß § 4 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Vorstands, sowie über die Zustimmung zum Abschluss eines Directors-and-Officers (D&O) Versicherungsvertrags an Stelle des Aufsichtsrats.

4. Bestellung von Vorstandsmitgliedern sowie Besetzung weiterer Positionen

Für die Neu- bzw. Wiederbestellung von Vorstandsmitgliedern, die Ernennung des Vorstandsvorsitzenden sowie die Besetzung von Positionen durch den Vorstand, die einem Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrats unterliegen, gibt der Präsidial- und Vergütungsausschuss Empfehlungen an den Aufsichtsrat. Entsprechendes gilt für die Abberufung von Vorstandsmitgliedern.

Bei seinen Empfehlungen für die Neu- bzw. Wiederbestellung berücksichtigt der Präsidial- und Vergütungsausschuss das vom Aufsichtsrat definierte gesamthafte Anforderungsprofil einschließlich Diversitätskonzept für den Vorstand.

5. Vertragliche Angelegenheiten

Vorbehaltlich § 4 Abs. 6 dieser Geschäftsordnung verhandelt und entscheidet der Präsidial- und Vergütungsausschuss über die dienstvertraglichen und sonstigen vertraglichen Angelegenheiten des Vorstands, die keine mittelbare oder unmittelbare Relevanz für die Vorstandsvergütung haben, und schließt, vorbehaltlich eines abweichenden Beschlusses des Aufsichtsrats, mit dem Vorstand in Vertretung für den Aufsichtsrat Verträge ab.

6. Vergütung des Vorstands

Der Präsidial- und Vergütungsausschuss unterbreitet dem Aufsichtsrat Vorschläge zur Gestaltung des Vergütungssystems für den Vorstand gemäß § 87a AktG und für eine angemessene Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder im Sinne des § 87 AktG. Dabei beachtet er die diesbezüglichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, soweit nach § 161 AktG keine Abweichung erklärt wird.

7. Mandate und Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder

Der Präsidial- und Vergütungsausschuss entscheidet über die Erteilung von vorherigen Zustimmungen zu Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder und berichtet dem Aufsichtsrat laufend und unverzüglich über von ihm erteilte Zustimmungen. Er legt dem Aufsichtsrat einmal jährlich eine Gesamtliste der Nebentätigkeiten jedes Vorstandsmitglieds zur Kenntnis vor.

Die Vorstandsmitglieder sollen Geschäftsleitungs- oder Aufsichtsratsmandate und/oder sonstige administrative oder ehrenamtliche Funktionen außerhalb des Daimler Truck-Konzerns nur in begrenztem Umfang übernehmen. Die genannten Tätigkeiten sollen in der Regel dem Unternehmensinteresse dienen und dürfen insbesondere die Vorstandstätigkeit nicht beeinträchtigen.

8. Änderung der Satzung

Der Präsidial- und Vergütungsausschuss entscheidet über Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen.

9. Externe Beratung

Der Präsidial- und Vergütungsausschuss ist berechtigt, zur Wahrnehmung seiner Aufgaben in angemessenem Umfang externe Beratung in Anspruch zu nehmen und in Abstimmung mit dem Vorstand Mitarbeiter des Unternehmens hinzuzuziehen.

§ 5

Sonstige Vorschriften

Im Übrigen gilt die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats in ihrer jeweils gültigen Fassung entsprechend, insbesondere die Vorschriften zu Beschlussfassungen, zur Verschwiegenheit, zu Interessenkonflikten sowie zu Niederschriften.

§ 6
Gültigkeit

Diese Geschäftsordnung bleibt so lange in Kraft, bis der Aufsichtsrat anderes beschließt. Der Aufsichtsrat kann mit einfacher Mehrheit beschließen, dass im Einzelfall von der Geschäftsordnung des Präsidial- und Vergütungsausschusses abgewichen werden kann.

Geschäftsordnung
für den
Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats
der
Daimler Truck Holding AG

§ 1
Allgemeines

Der Prüfungsausschuss übt seine Tätigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, der Satzung der Daimler Truck Holding AG, der Beschlüsse sowie der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und dieser Geschäftsordnung aus. Seine Mitglieder sind an Weisungen nicht gebunden.

§ 2
Zusammensetzung und Vorsitz

1. Der Prüfungsausschuss setzt sich aus sechs Mitgliedern zusammen, die mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt werden.
2. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses wählen aus ihrer Mitte einen Ausschussvorsitzenden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist nicht gleichzeitig Vorsitzender des Prüfungsausschusses.
3. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses müssen in ihrer Gesamtheit mit dem Sektor, in dem die Gesellschaft tätig ist, vertraut sein. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss über Sachverstand auf dem Gebiet der Rechnungslegung und mindestens ein weiteres Mitglied des Prüfungsausschusses über Sachverstand auf dem Gebiet der Abschlussprüfung verfügen. Der Sachverstand auf dem Gebiet Rechnungslegung soll in besonderen Kenntnissen und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und interner Kontroll- und Risikomanagementsysteme

bestehen und der Sachverstand auf dem Gebiet Abschlussprüfung in besonderen Kenntnissen und Erfahrungen in der Abschlussprüfung. Zur Rechnungslegung und Abschlussprüfung gehören auch die Nachhaltigkeitsberichterstattung und deren Prüfung. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses soll zumindest auf einem der beiden Gebiete entsprechend sachverständig sein und, vorbehaltlich Offenlegung einer Abweichung in der Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG, unabhängig sein.

§ 3

Ausschussfremde Teilnehmer an den Sitzungen

1. Sofern der Prüfungsausschuss im Einzelfall nichts Gegenteiliges beschließt, nimmt der Abschlussprüfer an den Sitzungen des Prüfungsausschusses teil.
2. An den Beratungen des Prüfungsausschusses nehmen darüber hinaus grundsätzlich der Vorstand oder einzelne Mitglieder des Vorstands und im Einzelfall weitere interne oder externe Sachverständige teil.
3. Der Prüfungsausschuss tagt bei Bedarf ohne den Vorstand. Wird der Abschlussprüfer in Sitzungen des Prüfungsausschusses als Sachverständiger zugezogen, nimmt der Vorstand an dieser Sitzung nicht teil, es sei denn, der Prüfungsausschuss erachtet seine Teilnahme für erforderlich.

§ 4

Aufgaben und Zuständigkeiten des Prüfungsausschusses

1. Rechnungslegung einschließlich Nachhaltigkeitsberichterstattung
 - 1.1 Der Prüfungsausschuss überwacht die Rechnungslegung und den Rechnungslegungsprozess sowie die Nachhaltigkeitsberichterstattung und kann dem Aufsichtsrat Empfehlungen oder Vorschläge zur Gewährleistung der Integrität dieses Prozesses unterbreiten.

Dem Prüfungsausschuss obliegt die Vorprüfung der Jahres- und Konzernabschlüsse und Lageberichte einschließlich Nachhaltigkeitsberichte mitsamt nichtfinanzieller Konzernklärungen der Daimler Truck Holding AG und des Daimler Truck-Konzerns und diesen vergleichbare Berichte, die von der Gesellschaft aufgrund rechtlicher Vorschriften abzugeben sind sowie der ESEF-Unterlagen³. Der Prüfungsausschuss nimmt die spätestens mit dem Bestätigungsvermerk vom Abschlussprüfer vorzulegenden Prüfungsberichte zum

³ Einheitliches elektronischen Berichtsformat (European Single Electronic Format) nach Maßgabe des Artikels 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/8152 in der jeweils geltenden Fassung, erstmals anzuwenden auf die Offenlegung der Jahresabschlussunterlagen 2020.

Jahres- und Konzernabschluss entgegen und erörtert diese mit dem Abschlussprüfer und dem Vorstand.

- 1.2 Der Prüfungsausschuss bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses, die Billigung des Konzernabschlusses, die Einhaltung der ESEF-Anforderungen sowie über den Beschlussvorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung vor und unterbreitet dem Aufsichtsrat entsprechende Empfehlungen.
 - 1.3 Halbjahres- und Quartalsfinanzberichte sowie die Berichte des Abschlussprüfers über deren prüferische Durchsicht erörtert der Prüfungsausschuss mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer.
 - 1.4 Der Prüfungsausschuss erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden.
2. Abschlussprüfung
- 2.1 Auswahl und Beauftragung des Abschlussprüfers
 - 2.1.1 Der Prüfungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung für die Bestellung des Abschlussprüfers und des Prüfers für die prüferische Durchsicht von Zwischenfinanzberichten (in dieser Geschäftsordnung auch gemeinsam „Abschlussprüfer“) vor und unterbreitet dem Aufsichtsrat eine entsprechende Empfehlung.
 - 2.1.2 Abgesehen vom Fall des Vorschlags zur Erneuerung eines bestehenden Prüfungsmandats innerhalb der gesetzlich zulässigen Höchstlaufzeit muss die Empfehlung des Prüfungsausschusses begründet werden und mindestens zwei Vorschläge für das Prüfungsmandat enthalten. Der Prüfungsausschuss teilt unter Angabe der Gründe seine Präferenz für einen der beiden Vorschläge mit. Für das der Empfehlung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften zugrunde zu legende Auswahlverfahren ist der Prüfungsausschuss zuständig.

Der Prüfungsausschuss erklärt in seiner Empfehlung, dass diese frei von ungebührlicher Einflussnahme Dritter ist und dass seine Auswahlmöglichkeit durch keine unzulässige Vereinbarung zwischen der Daimler Truck Holding AG und einem Dritten beschränkt wurde.
 - 2.1.3 Der Prüfungsausschuss ist ermächtigt, für den Aufsichtsrat dem von der Hauptversammlung bestellten Abschlussprüfer den Auftrag zur Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses und der Lageberichte der Gesellschaft und des Daimler Truck-Konzerns sowie zur prüferischen Durchsicht von Zwischenfinanzberichten zu erteilen, die Prüfungsschwerpunkte festzulegen und das Honorar mit dem Abschlussprüfer zu vereinbaren. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann durch den Prüfungsausschuss ermächtigt

werden, die Beauftragung des Abschlussprüfers allein zu unterzeichnen.

2.2 Unabhängigkeit der Abschlussprüfung

2.2.1 Der Prüfungsausschuss untersucht jährlich vor Unterbreitung des Vorschlags für die Bestellung des Abschlussprüfers dessen besondere Eignung, Qualifikation und Unabhängigkeit. Hierfür holt der Prüfungsausschuss vor Unterbreitung des Wahlvorschlags insbesondere die schriftliche Erklärung des vorgesehenen Abschlussprüfers ein,

- dass der Abschlussprüfer, Prüfungspartner und Mitglieder der höheren Führungsebene sowie das Leitungspersonal, die die Abschlussprüfung durchführen, unabhängig vom geprüften Unternehmen sind;
- ob und ggf. welche geschäftlichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Abschlussprüfer und seinen Organen und Prüfungsleitern einerseits und den Unternehmen des Daimler Truck-Konzerns und deren Organmitgliedern andererseits bestehen, die die Besorgnis der Befangenheit begründen könnten;
- welche anderen Leistungen in welchem Umfang im vorausgegangenen Geschäftsjahr für den Daimler Truck-Konzern erbracht wurden oder bei Abgabe der Unabhängigkeitserklärung für das zu prüfende Geschäftsjahr vertraglich vereinbart sind;
- dass im zu prüfenden Geschäftsjahr keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen erbracht wurden;
- dass die im jeweiligen Geschäftsjahr für die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses der Daimler Truck Holding AG verantwortlichen Wirtschaftsprüfer noch nicht länger als fünf Jahre an dieser Prüfung teilnehmen (interne Rotation).

2.2.2 Der Prüfungsausschuss erörtert mit dem Abschlussprüfer die Gefahren für dessen Unabhängigkeit sowie die von diesem zur Verminderung dieser Gefahren angewandten Schutzmaßnahmen.

2.3 Erbringung von Nichtprüfungsleistungen

Der Prüfungsausschuss stellt sicher, dass keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen erbracht werden, er der Erbringung aller zulässigen Nichtprüfungsleistungen durch den Abschlussprüfer vorab zustimmt und die Gesamthonorare für Nichtprüfungsleistungen 70 % des Durchschnitts der in den

letzten drei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren für Abschlussprüfungen einschließlich Abschlussprüfungen bei Tochterunternehmen gezahlten Abschlussprüferhonorare nicht überschreiten.

Der Prüfungsausschuss billigt die zulässigen Nichtprüfungsleistungen durch den Abschlussprüfer nach gebührender Beurteilung der Gefährdung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers vorab durch Erlass eines sog. Daimler-Truck-Dienstleistungskatalogs. Dieser Katalog wird jährlich vom Prüfungsausschuss geprüft und bestätigt bzw. angepasst.

Die Zustimmung zur Beauftragung einzelner zulässiger Nichtprüfungsleistungen auf Basis des vorab gebilligten Katalogs kann der Prüfungsausschuss bis zu einem Auftragsvolumen von 1 Mio. Euro an sachlich zuständige Führungskräfte des Unternehmens delegieren.

Alle zulässigen Nichtprüfungsleistungen mit einem Auftragsvolumen von mehr als 1 Mio. Euro bedürfen der vorab einzuholenden individuellen Zustimmung des Prüfungsausschusses. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann durch den Prüfungsausschuss zur Erteilung dieser individuellen Zustimmungen ermächtigt werden.

Wenigstens einmal jährlich berichtet der Vorstand dem Prüfungsausschuss über die im vorangegangenen Geschäftsjahr erbrachten Nichtprüfungsleistungen und die Einhaltung der Begrenzung des Honorars für zulässige Nichtprüfungsleistungen des Abschlussprüfers.

Bei einer Beauftragung von zulässigen Nichtprüfungsleistungen durch den Aufsichtsrat, gelten 2.1.1, 2.1.2, 2.1.3 und 2.4.2 entsprechend.

2.4 Qualität der Abschlussprüfung

2.4.1 Der Prüfungsausschuss diskutiert mit dem Abschlussprüfer die Einschätzung des Prüfungsrisikos, die Prüfungsstrategie und Prüfungsplanung sowie die Prüfungsergebnisse. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses tauscht sich regelmäßig mit dem Abschlussprüfer über den Fortgang der Prüfung aus und berichtet dem Ausschuss hierüber.

2.4.2 Der Prüfungsausschuss überprüft die Tätigkeit des Abschlussprüfers im Rahmen der Abschlussprüfung und der prüferischen Durchsicht von Zwischenfinanzberichten und verpflichtet den Abschlussprüfer, den Prüfungsausschuss unverzüglich zu unterrichten über

- während der Prüfung bzw. prüferischen Durchsicht auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe und
- alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses wesentlichen Feststellungen und

Vorkommnisses, insbesondere vermutete Unregelmäßigkeiten der Rechnungslegung,

die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung bzw. prüferischen Durchsicht ergeben.

2.4.3 Der Prüfungsausschuss diskutiert gemeinsam mit dem Abschlussprüfer

- alle kritischen Vorgänge und Grundsätze hinsichtlich der Rechnungslegung;
- alle eventuell vom Abschlussprüfer berichteten wesentlichen Schwächen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess;
- alle alternativen Möglichkeiten der Bilanzierung wesentlicher Art innerhalb der Bilanzierungs-Regelungen, die der Abschlussprüfer mit dem Management besprochen hat;
- die Folgen der Anwendung dieser alternativen Bilanzierungsmöglichkeiten;
- bedeutenden Schriftverkehr mit dem Vorstand, wie z.B. eine Übersicht noch nicht geklärter Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vorstand und dem Abschlussprüfer; diese Unterlagen hat der Abschlussprüfer dem Prüfungsausschuss vor der Sitzung verfügbar zu machen. Über bedeutende Meinungsverschiedenheiten zwischen Vorstand und Abschlussprüfer ist auch dann zu informieren, wenn die zugrundeliegenden Sachverhalte nicht schriftlich behandelt wurden.

2.4.4 Im Rahmen der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses verpflichtet der Prüfungsausschuss den Abschlussprüfer, den Prüfungsausschuss zu informieren und im Prüfungsbericht zu vermerken, wenn er bei Durchführung der Abschlussprüfung Tatsachen feststellt, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ergeben.

2.4.5 Der Prüfungsausschuss implementiert einen Überwachungsprozess zur Sicherstellung der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zur internen und externen Rotation des Abschlussprüfers, zu unzulässigen Nichtprüfungsleistungen und zur gesetzlichen Begrenzung des Honorars für zulässige Nichtprüfungsleistungen des Abschlussprüfers.

- 2.5 Der Prüfungsausschuss nimmt regelmäßig eine Beurteilung der Qualität der Abschlussprüfung vor.
3. Überwachung der Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, des Revisionssystems und des Compliance-Managements
- 3.1 Wenigstens einmal jährlich diskutiert der Prüfungsausschuss mit dem Vorstand die Angemessenheit, Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, des Revisionssystems und des Compliance-Managements einschließlich sinnvoller Anpassungen. Über die Maßnahmen zur Beseitigung eventuell festgestellter Systemmängel oder -schwächen und zur Umsetzung sinnvoller Anpassungen lässt sich der Prüfungsausschuss vom Vorstand berichten. Einmal jährlich beschließt der Prüfungsausschuss über die Zustimmung zum Jahresprüfplan von Corporate Audit sowie über die Zustimmung zur Audit Charter, lässt sich regelmäßig über die wesentlichen Feststellungen und eventuell dazu veranlassten Maßnahmen Bericht erstatten und kann dem Bereich Corporate Audit auch im Einzelnen spezifizierte Aufträge erteilen.
- 3.2 Die Einrichtung von Verfahren über die Behandlung von Beschwerden betreffend Rechnungslegung, interne Kontrollsysteme oder Abschlussprüfung sowie Verfahren über die vertrauliche und anonyme Weiterleitung von Mitteilungen seitens der Mitarbeiter des Daimler Truck-Konzerns oder Dritter, insbesondere über zweifelhafte Rechnungslegungs- und Abschlussprüfungsvorgänge und Beauftragung einer hierfür zuständigen Stelle (Hinweisgebersystem „SpeakUp“) bedürfen der vorherigen Zustimmung des Prüfungsausschusses.

4. Geschäfte mit nahestehenden Personen

Geschäfte zwischen der Gesellschaft und der Gesellschaft nahestehenden Personen im Sinne von § 111b AktG bedürfen der vorherigen Zustimmung des Prüfungsausschusses, soweit nicht nach Gesetz oder Bestimmung des Aufsichtsrats ein Zustimmungsvorbehalt des Gesamtaufichtsrats oder eines anderen Ausschusses begründet ist.

Der Prüfungsausschuss bewertet regelmäßig das interne Verfahren nach § 111a Abs. 2 AktG für Geschäfte im ordentlichen Geschäftsgang und zu marktüblichen Bedingungen.

5. Vorbereitung des Berichts des Aufsichtsrats

Der Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses, der Lageberichte der Gesellschaft und des Daimler Truck-Konzerns sowie über Art und Umfang der Prüfung der

Geschäftsführung der Gesellschaft während des Geschäftsjahres wird durch den Prüfungsausschuss vorbereitet.

6. Konzerninterne Kapitalmaßnahmen

Konzerninterne Kapitalmaßnahmen, die einem Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrats unterliegen, erörtert der Prüfungsausschuss und gibt hierzu Empfehlungen an den Aufsichtsrat ab.

7. Berichtspflicht an den Aufsichtsrat

Der Ausschussvorsitzende berichtet spätestens in der nächsten, auf die Ausschusssitzung folgenden Aufsichtsratssitzung über die Arbeit des Ausschusses.

8. Externe Beratung

Der Prüfungsausschuss ist berechtigt, zur Erfüllung seiner Aufgaben in angemessenem Umfang und nach Information des Aufsichtsratsvorsitzenden externe Beratung in Anspruch zu nehmen und in Abstimmung mit dem Vorstand Mitarbeiter des Unternehmens hinzuzuziehen.

§ 5

Pflicht zur Anforderung und Entgegennahme von Berichten

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nimmt der Prüfungsausschuss regelmäßig, mindestens vierteljährlich, Informationen des Vorstands zur Entwicklung des Geschäfts und der wichtigsten Kennzahlen für den Daimler Truck-Konzern und die Segmente sowie weitere Berichte, darunter insbesondere Berichte zu laufenden Rechtsstreitigkeiten und den Bericht über das Hinweisgebersystem „SpeakUp“ entgegen.

Der Bericht über das Hinweisgebersystem „SpeakUp“ weist alle neu angelegten, in Untersuchung befindlichen, aus verfahrenstechnischen Gründen ruhend gestellten oder geschlossenen Fälle einschließlich dazu veranlasster arbeitsrechtlicher Maßnahmen aus, die folgende Kriterien erfüllen:

1. Der Vorwurf, der eine Konzernrelevanz aufgrund eines hohen Risikos für das Unternehmen einschließlich seiner Beschäftigten und anderer Personen aufweist, richtet sich gegen Betroffene, die der Führungsebene E 1 oder höher angehören, oder gegen Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats von kontrollierten, in den Konzernabschluss einbezogenen Konzerngesellschaften der Daimler Truck Holding AG (einschließlich Betroffener der Führungsebene E 2 und E 3).

Regelverstöße, die eine Konzernrelevanz aufweisen, sind insbesondere:

- Verletzungen der körperlichen und psychischen Unversehrtheit sowie Fälle von sexueller Belästigung, Diskriminierung, Rassismus;

- Schwerwiegende Verletzungen von international anerkannten Menschenrechten, die nicht unter die beiden zuvor genannten Fallgruppen fallen (z.B. schwerwiegende Missachtung der Koalitions- und Vereinigungsfreiheit oder die Verletzung des Rechts auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen durch die schwerwiegende Missachtung von Arbeitsschutzstandards);
- Schwere Verletzungen der Integrität des Hinweisgebersystems, z.B. schwerer Verstoß gegen die Anonymität der Hinweisgeber, schwerer Verstoß gegen die Meldepflicht,
- Korruptions- und Geldwäschedelikte;
- Kartellrechtsverstöße, sofern sie offensichtlich, vorsätzlich oder systematisch sind;
- Betrug, Diebstahls-, Untreue- und weitere Bereicherungsdelikte von erheblichem Umfang oder Wert (Orientierungswert: 100.000 EUR),
- Verstöße gegen Rechnungslegungs- und Buchführungsvorschriften mit Auswirkung auf den Jahresabschluss;
- schwere Verstöße im Zusammenhang mit technischen Spezifikationen und/oder technischer Sicherheit;
- Verletzungen von Vorschriften in Bezug auf Umweltstraftaten sowie Verstöße gegen Umweltvorschriften mit erheblichem Bußgeldrisiko und/oder Nichteinhaltung von produktbezogenen Umweltvorschriften;
- Verstöße gegen Exportkontrollvorschriften, Verletzung von Sanktionen;
- Regelverstöße, die dem Ruf des Unternehmens mit hoher Wahrscheinlichkeit schwerwiegend schaden können;
- Schwere Verstöße gegen geltende Vereinbarungen zulasten der Beschäftigten;
- Andere Verhaltensweisen, die zu hohen Risiken, z.B. Regelverstöße mit hohem Schaden (Orientierungswert: 100.000 EUR) für das Unternehmen, führen können

oder

2. der Vorwurf richtet sich gegen Betroffene unterhalb der Führungsebene E 1 und betrifft Fälle aktiver Korruptions- und Geldwäschedelikte sowie Kartellrechtsverstöße, sofern sie

offensichtlich vorsätzlich oder systematisch sind, sowie Verstöße gegen Exportkontrollvorschriften, und Verletzung von Sanktionen.

Für Mitglieder des Vorstands oder Aufsichtsrats der Daimler Truck Holding AG gilt ein gesondertes Verfahren (vgl. GO Aufsichtsrat § 8 Abs. 13).

Des Weiteren und über die Berichterstattung gemäß § 4 Abs. 3.1 dieser Geschäftsordnung hinaus lässt sich der Prüfungsausschuss vom Vorstand möglichst frühzeitig berichten über:

- a. Wesentliche außerbilanzielle Transaktionen und sonstige wesentliche finanzielle Maßnahmen und Geschäfte, die nicht aus der regelmäßigen Berichterstattung hervorgehen;
- b. Alle bedeutenden Mängel und Schwäche bei der Ausgestaltung und der Anwendung des Rechnungslegungsprozesses und des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagementsystems und des internen Revisionssystems, insbesondere solche bedeutenden Mängel und wesentlichen Schwächen, die die Fähigkeit der Daimler Truck Holding AG zur Erfassung, Verarbeitung, Zusammenfassung und zum Bericht von Finanzdaten nachteilig beeinflussen könnten;
- c. Jeden Gesetzesverstoß (insbesondere Betrug/Unterschlagung/Untreue) von Beschäftigten, die eine wesentliche Funktion hinsichtlich der internen Kontroll- und Steuerungssysteme innehaben, einschließlich dazu veranlasster Maßnahmen, unabhängig von der Bedeutung des Vorfalls;
- d. Sonstige dem Vorstand bekannten gesetzeswidrigen Vorgänge und wesentlichen Risiken.

Ferner kann jedes Mitglied des Prüfungsausschusses über den Ausschussvorsitzenden unmittelbar bei den Leitern derjenigen Zentralbereiche der Gesellschaft, die in der Gesellschaft für die Aufgaben zuständig sind, die den Prüfungsausschuss betreffen, Auskünfte einholen. Der Ausschussvorsitzende teilt die eingeholte Auskunft allen Mitgliedern des Prüfungsausschusses mit. Werden solche Auskünfte eingeholt, ist der Vorstand hierüber unverzüglich zu unterrichten.

§ 6 Sonstige Vorschriften

Im Übrigen gilt die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats in ihrer jeweils gültigen Fassung entsprechend, insbesondere die Vorschriften zu Beschlussfassungen, zur Verschwiegenheit, zu Interessenkonflikten sowie zu Niederschriften.

§ 7
Gültigkeit

Diese Geschäftsordnung bleibt so lange in Kraft, bis der Aufsichtsrat anderes beschließt. Der Aufsichtsrat kann mit einfacher Mehrheit beschließen, dass im Einzelfall von der Geschäftsordnung des Prüfungsausschusses abgewichen werden kann.

Geschäftsordnung
für den
Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats
der
Daimler Truck Holding AG

**§ 1
Allgemeines**

Der Nominierungsausschuss übt seine Tätigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, der Satzung der Daimler Truck Holding AG, der Beschlüsse sowie der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und dieser Geschäftsordnung aus. Seine Mitglieder sind an Weisungen nicht gebunden.

**§ 2
Zusammensetzung**

Der Nominierungsausschuss besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden und mindestens zwei weiteren Mitgliedern, die die Anteilseigner im Aufsichtsrat vertreten und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt werden.

**§ 3
Vorsitzender**

Den Vorsitz im Nominierungsausschuss führt der Aufsichtsratsvorsitzenden.

§ 4

Aufgaben und Zuständigkeiten des Nominierungsausschusses

1. Für die Vorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern gibt der Nominierungsausschuss Empfehlungen an den Aufsichtsrat.
2. Vor der Unterbreitung einer Kandidatenempfehlung an den Aufsichtsrat definiert der Nominierungsausschuss Anforderungen für das konkret zu besetzende Mandat.
3. Die Kandidatenempfehlung beachtet die gesetzlichen Vorgaben und berücksichtigt, vorbehaltlich Offenlegung einer Abweichung in der Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG, die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und die vom Aufsichtsrat festgelegten konkreten Ziele für seine Zusammensetzung. Sie strebt die Ausfüllung des gesamthaften Anforderungsprofils mit Kompetenzprofil und Diversitätskonzept für den Gesamtaufichtsrat an.
4. Der Nominierungsausschuss ermittelt eventuelle persönliche und geschäftliche Beziehungen des Kandidaten zu den Gesellschaften des Daimler Truck-Konzerns, den Organen der Daimler Truck Holding AG und direkt oder indirekt mit mehr als 10 % an der Daimler Truck Holding AG beteiligten Aktionären.
5. Der Nominierungsausschuss empfiehlt dem Aufsichtsrat keinen Kandidaten, der bei wesentlichen Wettbewerbern der Daimler Truck Holding AG oder ihren Konzerngesellschaften Organ- oder sonstige verantwortliche Funktionen oder Beratungsaufgaben ausübt, in einer persönlichen Beziehung zu einem wesentlichen Wettbewerber steht, oder einem sonstigen wesentlichen, nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt unterliegt.
6. Der Nominierungsausschuss soll dem Aufsichtsrat in der Regel und vorbehaltlich Offenlegung einer Abweichung in der Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG keinen Kandidaten empfehlen, der (i) dem Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft angehört und außerhalb des Konzerns seiner Vorstandstätigkeit bereits zwei Aufsichtsratsmandate in börsennotierten Gesellschaften oder vergleichbare Funktionen wahrnimmt oder (ii) zwar keinem Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft angehört, aber insgesamt bereits fünf Aufsichtsratsmandate bei konzernexternen börsennotierten Gesellschaften oder vergleichbare Funktionen wahrnimmt, wobei ein Aufsichtsratsvorsitz doppelt zählt.
7. Der Nominierungsausschuss erläutert dem Aufsichtsrat die definierten fachlichen Anforderungen, die Geeignetheit des vorgeschlagenen Kandidaten sowie die Art und Weise der Berücksichtigung der Ziele gemäß § 4 Abs. 3 bei der Kandidatensuche.

Der Nominierungsausschuss kann zur Erfüllung seiner Aufgaben in angemessenem Umfang externe Beratung in Anspruch nehmen und in Abstimmung mit dem Vorstand Mitarbeiter des Unternehmens hinzuziehen.

§ 5
Sonstige Vorschriften

Im Übrigen gilt die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats in ihrer jeweils gültigen Fassung entsprechend, insbesondere die Vorschriften zu Beschlussfassungen, zur Verschwiegenheit, zu Interessenkonflikten sowie zu Niederschriften.

§ 6
Gültigkeit

Diese Geschäftsordnung bleibt so lange in Kraft, bis der Aufsichtsrat anderes beschließt. Der Aufsichtsrat kann mit einfacher Mehrheit beschließen, dass im Einzelfall von der Geschäftsordnung des Nominierungsausschusses abgewichen werden kann.

Daimler Truck Holding AG
Fasanenweg 10
70771 Leinfelden-Echterdingen
www.daimlertruck.com